

BM 21.05.2005



„Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgeben, als ihr verdient.“

Abraham Lincoln

Mit uns wird es in Bickenbach keine schuldenbasierten Investitionen geben!

Ihr FDP Ortsverband Bickenbach

Rolf H. Kamermann
Vorsitzender

Dr. Michael Krug
Fraktionsvorsitzender

www.FDP-Bickenbach.De

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger!

Wahlprogramm 2001

Bickenbach - mitten in einer der zukunftssträchigsten Regionen Europas gelegen - ist heute ein gefragter und lebenswerter Wohnort an der Bergstraße. Unsere Gemeinde hat sich in den letzten Jahren aber auch zu einem gefragten Gewerbestandort entwickelt - und das, ohne die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu schmälern.

„Wohnen - Arbeiten - Leben“. Diese Faktoren gilt es sinnvoll miteinander zu verknüpfen, denn nur so kann unser Bickenbach den Anforderungen und Bedürfnissen der Bürgerschaft in Zukunft gerecht werden. Und so sehen unsere Ideen hierzu aus:

Finanzen in Bickenbach

Wir unterstützen voll und ganz den Kurs unseres Bürgermeisters:

Stabilisierung der Gemeindefinanzen durch Schaffen einer gesunden Rücklage und Abbau der Schulden. Darüber hinaus dürfen sich die gemeindlichen Ausgaben auch weiterhin nur am Nötigsten orientieren.

Größere neue Projekte und Investitionen sollen auch in Zukunft ohne Neuverschuldung möglich sein. Nur so gelingt es uns, die **Abgaben und Gebühren** für unsere Bürgerinnen und Bürger auf einem **niedrigen Niveau** zu halten und gleichzeitig dennoch die gemeindliche Infrastruktur zu verbessern.

Verkehr in Bickenbach

Durch den Bau der Nordanbindung der Gewerbegebiete (Baubeginn noch in diesem Jahr) wird unsere Gemeinde erheblich vom **Durchgangsverkehr entlastet**, denn zusammen mit der bereits fertig gestellten

Südspange (Berta-Benz-Straße) haben wir dann quasi eine Westumgehung.

In Zukunft kann nun zum einen das Gewerbegebiet angedient werden, ohne dass der Schwerverkehr durch Bickenbach fahren muss. Zum anderen haben wir endlich die Möglichkeit auch den überörtlichen Durchgangsverkehr aus dem Ortskern heraus zu halten.

Die Umsetzung erfolgt mit verkehrsregelnden Maßnahmen wie **Wegweisung** und **Durchfahrtsverbot**, aber auch mit entsprechenden Vorfahrtsregelungen.



Hier entsteht die „Nordanbindung Gewerbegebiete“. Bald können die Schilder weg!

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die meisten Kommunen finanziell zu knappen haben, viele am "Tropf" hängen. Um so erstaunter war ich, als ich las, dass Bickenbach eine nicht unbeträchtliche Summe in die Rücklage führen konnte. Drückt der Bürgermeister etwa im Rathauskeller Geld?

BM 21.05.2005

Ganz sicher nicht – und wenn, dann würde ich es Ihnen nicht verraten. Doch Spaß bei Seite: In Sachen Gemeindefinanzen steht Bickenbach – im Vergleich mit vielen anderen Kommunen – wirklich gut da.

Dies liegt zum einen sicherlich an unserer äußerst sparsamen Haushaltsführung; zum anderen aber auch daran, dass wir in den letzten Jahren immer mit beiden Füßen auf dem Boden geblieben sind. Für große Investitionen wie z.B. die Park & Ride Anlage am Bahnhof oder auch die Westumgehung haben wir das nötige Geld angespart und dann erst gebaut. Kreditaufnahmen waren nicht nötig.

Eine sparsame Haushaltsführung und der sorgfältige Umgang mit den mir anvertrauten Steuergeldern habe ich immer als eine meiner wichtigsten Aufgaben angesehen – und dies wird auch in Zukunft so sein.

Kräftiger Griff in die Rücklage

Haushalt – Nach Intervention der Kommunalaufsicht muss Bickenbach seinen Nachtragsetat ausgleichen

BICKENBACH. In geänderter Form musste das Bickenbacher Gemeindeparlament den Nachtragshaushalt beraten, da die Kommunalaufsicht nach der Einbringung des damals im Verwaltungsteil unausgeglichenen Entwurfs interveniert hatte. Sie hatte der Gemeinde ausdrücklich empfohlen, auch den Verwaltungsteil ihre Haushalts auszugleichen und kein Defizit auszuweisen.

Einen Ausgleich kann Bickenbach auf Grund seiner Finanzlage nur über eine Rücklageentnahme schaffen. Dies hat der Gemeindevorstand getan und dem Parlament einen entsprechend veränderten Entwurf vorgelegt, bei dem dem Verwaltungsteil 1,48 Millionen Euro aus der Rücklage zugeführt wurden.

In der Rücklage verfügt die Gemeinde nach dieser Entnahme noch über rund eine Million Euro, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine weiteren Gewerbesteuerückzahlungen noch in diesem Jahr fällig werden.

Bürgermeister Günter Martini bedauert diesen Griff in die Rücklagen, da sie eigentlich für bereits begonnene Investitionsmaßnahmen für das kommende Jahr eingestellt worden seien.

Weitere Kürzungen nach CDU-Ansicht schwierig

Von einer dramatischen Verschlechterung der gemeindlichen Finanzlage sprach auch der CDU-Fraktionschef Josef Franz. Zwar habe die Koalition zusammen mit

dem Bürgermeister 71 000 Euro eingespart, aber weitere Kürzungen seien schwierig, zumal die Personaldecke im Rathaus bereits dünn sei. „Die Bürger werden die Kürzungen spüren, etwa bei der Pflege öffentlicher Anlagen“, erklärte Franz, der den Griff in die Rücklage zum Etatausgleich bedauerte. Laufende Projekte im kommenden Jahr müssten möglicherweise durch Kredite weitergeführt werden, kündigte er an.

Bickenbach sei im Landkreis Darmstadt-Dieburg kein Einzelfall, beschwor er Gemeinsamkeiten mit anderen Gemeinden. Die Misere sah er über den Kreis hinaus deutschlandweit und hatte als Schuldigen den Bundeskanzler parat.

Den zweiten Schuldigen

machte er in der Bickenbacher SPD aus. Sie habe viele Jahre lang den Ort als Schlafstadt gesehen und versäumt, rechtzeitig Gewerbe anzusiedeln.

SPD spricht dem Entwurf den Sparwillen ab

Dem widersprachen Uwe Daum und Markus Hennemann von der angegriffenen SPD. So verwies Hennemann darauf, dass in Bickenbach das Gewerbesteueraufkommen um 80 Prozent zurückgegangen sei, während es bundesweit nur um 35 bis 40 Prozent hinter den Vorjahreszahlen liege. Daum sprach dem vorgelegten Entwurf den Sparwillen ab, da die Mittelverwendung nicht detailliert dargestellt sei und teilweise unnötige Erhöhungen seit

dem vergangenen Jahr vorgenommen worden seien. Seit Jahren lebe die Gemeinde von ihrer Substanz, da bei der Haushalts-einbringung stets eine Zuführung vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt erforderlich gewesen sei. Das Fazit der beiden SPD-Sprecher war, dass ihre Partei diesen Haushalt nicht mittragen könne.

Anders sah dies Rolf Meyer von der FDP: Der Haushalt enthalte gemeinsame Projekte der Koalition, betonte er dazu. Für die nächsten Jahre werde man Haushalte ohne Neuverschuldung anstreben.

Mit den Stimmen der CDU/FDP-Koalition wurde der Nachtragshaushalt angenommen. Die SPD votierte dagegen. ste

Bickenbach spart an allen Ecken

DE 21.12.2002

Haushalt – Gemeinde nimmt neue Kredite auf – Keine Steuererhöhungen geplant

BICKENBACH. Der von Bürgermeister Günter Martini am Donnerstag eingebrachte Haushaltsentwurf fürs Jahr 2003 ist vom Sparwillen gekennzeichnet. Wie Martini erläuterte, bereite vor allem der Verwaltungshaushalt einige Probleme. Die Einsparungen betreffen alle Einzelpläne, betonte Martini, Geschäftsaufgaben und die bauliche Unterhaltung von Grundstücken und Anlagen. Steuererhöhungen seien aber nicht geplant.

Nach Gesprächen mit größeren Firmen wurde die Gewerbesteuer mit einer Million Euro angesetzt, das bedeutet eine Reduzierung um rund 1,3 Millionen Euro im Vergleich zum Ansatz 2002. Rückzahlungen sind derzeit nicht zu erwarten, wie Martini erklärte. Bickenbach muss dafür eine Gewerbesteuerumlage von 355 000 Euro zahlen.

Bei den Personalkosten wurde der Stellenplan der neuen Besetzung in der Finanzverwaltung angepasst. Mit leichter Erhöhung wird man den zu erwartenden Tarifierhöhungen Rechnung tragen. Martini erläuterte, dass man die Verwaltungsabläufe optimiert und teilweise neu strukturiert habe, gerade im Bereich des Bürgerservice und der Finanzverwaltung. Man sei mit dem vorhandenen Personal am unteren

Limit angelangt, habe aber im Einvernehmen mit dem Personalrat zwei Stellen nicht mehr neu besetzt.

Trotz dieser Entwicklung kommt Bickenbach nicht ohne Kreditaufnahme aus. Eine Million Euro wird die Gemeinde für laufende Projekte und den Neubau der Kita Höhsand aufnehmen. 880 000 Euro werden der Rücklage entnommen. Für den Kita-Neubau werden 1,3 Millionen Euro veranschlagt, für die Umgestaltung von Spielplatz, Voliere und Parkplatz weitere 120 000 Euro. Die neue Park-and-Ride-Anlage schlägt mit 550 000 Euro zu Buche, die Nordanbindung der Gewerbegebiete mit 2,3 Millionen Euro.

Auf der Einnahmenseite wurden 850 000 Euro Erschließungsbeiträge und Geld aus der Naturschutzabgabe verbucht, sowie 500 000 Euro Zuschüsse für die Park-and-Ride-Anlage. Für die Nordanbindung fließen Zuschüsse erst ab dem Jahr 2004.

In seinem Ausblick auf die nächsten Jahre machte Martini deutlich, dass auch 2004 noch ein hartes Jahr für die Gemeinde werde. Eine Besserung erwarte er erst für 2005 und 2006. „Wir müssen alle verwaltungsfremden Ausgaben außen vor lassen“, lautete sein Rezept. ste



Haushaltssatzung der Gemeinde Bickenbach für das Haushaltsjahr 2003

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 4. 1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. 6. 2002 (GVBl. I S. 342) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Bickenbach am 13. 2. 2003 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	6 949 696 €
in der Ausgabe auf	6 949 696 €
im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	4 482 100 €
in der Ausgabe auf	4 482 100 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2003 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf

1 000 000 €

festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2003 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

450 000 €

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2003 wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer
 - für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) 260 v. H.
 - für die Grundstücke (Grundsteuer B) 200 v. H.
- Gewerbsteuer nach Gewerbeertrag 320 v. H.

§ 6

Es gilt der von der Gemeindevertretung als Teil des Haushaltsplanes beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO können bis zum Betrag von 5000 € von Gemeindevorstand entschieden werden.

Diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind der Gemeindevertretung spätestens in der übernächsten Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

Bickenbach, den 14. 2. 2003

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Bickenbach
Martini, Bürgermeister

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die nach § 103 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu der Festsetzung in § 2 ist erteilt. Sie hat folgende Wortlaut:

Der Landrat des Landkreises
Darmstadt-Dieburg
- Kommunalaufsicht -

Darmstadt, 18. 3. 2003

Aktz.: S/1 051 901-10 03 pa-me

Genehmigung

Hiermit genehmige ich den Gesamtbetrag der in § 2 der Haushaltssatzung der Gemeinde Bickenbach für das Haushaltsjahr 2003 vorgesehenen Kredite in Höhe von

1 000 000,00 €

(In Worten: Eine Million Euro)

gemäß § 103 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung.

Im Auftrag
Schnellbacher

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme vom 31. 3. 2003 bis einschließlich 8. 4. 2003 im Rathaus, Zimmer 302 (Finanzabteilung), Darmstädter Straße 7, 64404 Bickenbach, während der Dienststunden öffentlich aus.

Bickenbach, den 26. 3. 2003

Der Gemeindevorstand der
Gemeinde Bickenbach
Martini, Bürgermeister

Haushaltsjahr		2000	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Status (RE=Rechnungsergebnis)		RE / DM	RE / €	RE	RE	RE	Nachtrag	Entwurf
EinwohnerInnen (Stand: 31.12.)		5.362	5.362	5.362	5.336	5.355	5.391	5.391
Satzung								
gesamt	Einnahmen	22.155.382	11.327.867	10.373.653	13.258.893	11.548.842	10.848.536	9.462.465
pro EinwohnerIn		4.132	2.113	1.935	2.485	2.157	2.012	1.755
VWH		16.972.411	8.677.856	7.745.875	6.778.818	7.109.216	7.669.668	7.268.340
VMH		5.182.971	2.650.011	2.627.778	6.480.075	4.439.626	3.178.868	2.194.125
Einnahmen	Grupp.Nr.							
Grundsteuer A	000	30.372	15.529	16.006	15.471	15.711	16.000	16.000
Hebesatz		260	260	260	260	260	260	260
Grundsteuer B	001	674.773	345.006	352.479	385.686	385.129	389.000	390.000
Hebesatz		200	200	200	200	200	200	200
Gewerbesteuer	003	5.453.642	2.788.403	2.407.161	227.418	1.482.282	1.800.000	2.000.000
Hebesatz		320	320	320	320	320	320	320
Ant. Einkommensteuer	010	5.408.312	2.765.226	2.238.396	2.190.039	2.278.783	2.135.000	2.100.000
pro EinwohnerIn		1.009	516	417	410	426	396	390
Ant. Umsatzsteuer	012	317.979	162.580	135.890	133.603	133.195	134.000	135.000
pro EinwohnerIn		59	30	25	25	25	25	25
sonstige Steuern	02,03	13.771	7.041	7.150	6.558	5.599	6.000	6.000
Schlüsselzuweisungen	041	51.950	26.562	26.674	26.470	548.587	250.000	146.155
Gebühren	10,11,12	1.501.031	767.465	808.721	826.797	843.430	893.600	891.800
Verkauf, Mieten, Pachten	13,14,15	84.412	43.159	45.713	40.956	39.042	68.850	46.260
Erstattungen	16	194.701	99.549	150.328	141.838	118.009	174.100	164.800
Zuweisungen/Zuschüsse	17	40.343	20.627	33.485	25.181	33.793	106.100	95.900
Zinseinnahmen	20	564.934	288.846	297.275	140.620	89.388	75.100	85.100
Gewinnant., Beteilig., Konz.	21,22	1.274.724	651.756	643.029	554.569	540.755	463.050	461.050
Zuführung an VMH	30	1.428.824	730.546	110.370	622.892	453.928	2.300	2.275
Rücklagenentnahme	31	2.717.141	1.389.252	2.280.258	2.738.155	875.512	138.133	0
Rückflüsse von Darlehen	32	27.061	13.836	13.836	32.734	13.647	13.835	13.650
Einn. aus Veräußerungen	34	441.853	225.916	8.421	677.951	1.019.468	1.400.000	400.000
Investitionszuwendungen	36	477.625	244.206	73.736	618.180	854.633	766.000	1.478.200
Kreditaufnahme brutto	37	0	0	0	0	1.000.000	0	0
Ausgaben	Grupp.Nr.							
Personal	40-47	3.030.956	1.549.703	1.629.374	1.646.659	1.592.989	1.417.200	1.433.495
pro EinwohnerIn		565	289	304	309	297	263	266
lfd. Sachaufwand	50-68	2.535.624	1.296.444	1.358.018	1.443.631	1.373.233	1.458.380	1.441.920
pro EinwohnerIn		473	242	253	271	256	271	267
Zuschüsse an soz. Einricht.	70	821.474	420.013	410.711	535.415	639.961	1.171.356	1.161.450
Zuweisungen f. lfd. Zwecke	71	612.546	313.190	362.607	375.313	561.767	547.700	518.150
Zuweisungen/Zuschüsse	70-71	1.434.020	733.203	773.318	910.728	1.201.729	1.719.056	1.679.600
Sozialhilfeleistungen	73-78	33.212	16.981	18.417	14.585	15.835	13.800	13.400
Zinsausgaben	80	229.452	117.317	113.961	107.046	88.868	118.650	100.150
Gewerbest.-Umlage	81	1.927.486	985.508	1.387.833	-285.300	548.197	461.250	507.000
Kreisumlage	832100	5.331.465	2.725.935	2.445.554	1.900.995	1.534.013	1.608.000	1.775.000
Schulumlage	832200	991.901	507.151	471.432	366.457	295.713	296.000	305.500
Zuführung zum VWH	90	0	0	0	1.480.501	0	580.168	106.700
Zuführung an Rücklage	91	2.024.448	1.035.084	314.144	562.761	25.713	1.100	562.725
Vermögenserwerb	93	914.043	467.343	915.140	378.314	-31.700	304.200	409.600
Baumaßnahmen	94-96	1.836.470	938.972	1.226.121	3.802.931	4.271.988	2.122.400	927.500
Tilgung von Krediten	97	353.810	180.900	179.867	257.154	173.625	171.000	172.000
sonstige Daten								
Stand der Rücklage		11.249.052	5.751.549	3.784.000	1.607.000	755.000	617.000	
Rücklagenveränderung		-692.692	-354.168	-1.966.114	-2.175.394	-849.799	-137.033	562.725
Schuldenstand		5.763.377	2.946.768	2.766.901	2.510.000	3.337.000	3.166.000	
pro EinwohnerIn		1.075	550	516	470	623	587	
Rücklage minus Schulden	(in Euro)	2.804.781	2.804.781	1.017.099	-903.000	-2.582.000	-2.549.000	

„Woher sollte das Geld kommen?“

Kostenlose Kinderbetreuung – Außer in Bickenbach stößt der Plan der Darmstädter CDU im Landkreis auf Ablehnung

DARMSTADT-DIEBURG. Die Forderung der im Oberbürgermeisterwahlkampf stehenden Darmstädter CDU, die Kindergartengebühr innerhalb der nächsten sechs Jahre auf Null zu bringen, hat über Darmstadt hinaus eine lebhaft Diskussion in Gang gesetzt. Und zumindest einen Befürworter gefunden. Der Bickenbacher Bürgermeister Günter Martini (CDU) sagte gegenüber dem ECHO, er selbst arbeite gerade ein Konzept aus, das in die gleiche Richtung weise. „Wir kommen um den Nulltarif im Kindergarten nicht herum“, glaubt Martini. Es müsse sich etwas ändern, damit wieder mehr Kinder zur Welt kommen und sich „die negative demographische Entwicklung umkehrt.“

Doch Martini macht eine Einschränkung. Die Finanzierung dürfe nicht ausschließlich an den Kommunen hängen bleiben, „dann kann ich mir den kostenlosen Kindergarten für Bickenbach

durchaus vorstellen.“ Ihm sei klar, dass es ein Geldproblem gebe und die Städte und Gemeinden nicht allein gelassen werden dürften. Nach dem Prinzip der Schulfinanzierung fordert er daher, dass das Land Mittel aus allgemeinen Steuern locker macht. „Für die Schule zahlt Wiesbaden die Lehrer. Dasselbe könnte in Zukunft auch für die Personalkosten im Kindergarten gelten“, die derzeit noch von den Kommunen übernommen werden.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg tragen die Eltern rund 20 bis 30 Prozent der Kindergarten-Betriebskosten. Übernehmen die Kommunen die Elternkosten, wäre der Bickenbacher Haushalt mit 300 000 Euro zusätzlich belastet, in Pfungstadt und Weiterstadt wären es dagegen gut eine Million Euro.

Angesichts einer solchen Zusatzbelastung finden weder der Darmstädter CDU-Oberbürgermeisterkandidat Wolfgang Gehrke

noch Martinis Überlegungen bei anderen Bürgermeistern im Landkreis Zustimmung. „So ein Vorschlag ist ein Unding. Das ist eine Luftblase hoch drei“, urteilt Weiterstadts Bürgermeister Peter Rohrbach (Alternative Liste) schroff. „Kinder- und Jugendarbeit kann nicht allein von den Kommunen getragen werden, denn wir stehen finanziell ohnehin mit dem Rücken zur Wand.“ Fünf Millionen Euro lässt sich die 25 000-Einwohner-Stadt im Jahr kosten. „Ein Platz kostet im Jahr zwischen 3000 und 3500 Euro, dafür verlangen wir bis zu 25 Prozent Elternbeiträge in unseren elf Kindergärten.“ Wenn keine Gebühren erhoben würden, käme die Kommunalaufsicht, die stets fordere, mögliche Einnahmequellen auch zu nutzen, ist sich Rohrbach sicher. Daher hält er den Vorstoß für „reinen Wahlkampf“.

„Ein hervorragender Vorschlag“, kommentiert Mühltais Bürgermeister Gernot Runtsch

den Vorschlag Gehrkes mit ironischem Unterton. „Es weiß aber niemand, wie das zu bezahlen ist. Das ist unausgegoren und wirklichkeitsfremd“, fügt er hinzu. Einen sechsstelligen Betrag müsste die Gemeinde zusätzlich zu dem 1,4 Millionen Euro hohen Zuschuss aufbringen. „Woher soll ich das nehmen“, sagt Runtsch und verweist auf das Finanzloch im Haushalt. Die richtige Adresse für einen solchen Vorschlag sei die für das Kindergartengesetz zuständige Landesregierung.

Auch Runtschs Amtskollegen Werner Schuchmann (SPD, Ober-Ramstadt), Christel Sprößler (SPD, Roßdorf) und Carsten Helfmann (CDU, Eppertshausen) sehen andere in der Pflicht: „Da müssten sich Kreis, Land und Bund involvieren“, sagt Helfmann. 200 000 Euro Einnahmen erzielt seine kleine Gemeinde im Jahr aus den Elternbeiträgen in den beiden Kindergärten. „Auf das Geld können wir nicht ver-

zichten.“ In Münster sieht Verwaltungschef Walter Blank (CDU) „keinen Spielraum – nicht einmal für die kleinste Gebührensenkung.“ Und auch Babenhausens Bürgermeister Reinhard Rupprecht (CDU) sieht keine Chance, auch noch für die 800 000 Euro Elternbeiträge aufzukommen.

Ebensowenig finanziellen Spielraum erkennt Pfungstadts Verwaltungschef Horst Baier (SPD). Rund 4,2 Millionen Euro gibt die zweitgrößte Stadt im Kreis für Kinderbetreuung aus. Sie müsste zusätzlich eine Million aufbringen, wenn sie auch die Elternbeiträge übernehmen wollte. Angesichts eines Finanzlochs im Haushalt ein unmögliches Unterfangen: „Woher soll das Geld kommen?“ Steuererhöhungen seien nicht möglich: „Ich kann doch nicht die Grundsteuer um 50 Prozent erhöhen, um die Zusatzkosten auszugleichen.“ Andere Einrichtungen dafür zu schließen, lehnt Baier ab. *mif/ale/wog/rj*

Gebühren als Wahlkampfthema

Parlament – Bickenbacher SPD scheitert vorerst mit einer Initiative für geringere Elternbeiträge in den Kindergärten – CDU und FDP sehen weiteren Diskussionsbedarf

DE 21.05.2005

BICKENBACH. Zur voraussichtlich letzten Sitzung der Bickenbacher Gemeindevertretung vor der Bürgermeisterwahl am 3. Juli hatte die SPD-Fraktion am Donnerstag einen Antrag eingebracht, der eine Kürzung der Kindergartengebühren um rund 25 Prozent vorsieht.

Markus Hennemann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und SPD-Bürgermeisterkandidat, begründete den Antrag seiner Fraktion damit, dass die Erhöhung des Kindergartenbeitrags von damals 130 Mark zu Beginn der Legislaturperiode auf inzwischen 170 Euro für die Ganztagsbetreuung nicht mehr zu rechtfertigen sei. Zumal die Synergieeffekte nach der Zusammenlegung aller Betreuungseinrichtungen zur Kita „Sonnenland“ geringere Personalkosten als von der Gemeinde zunächst veranschlagt erbracht hätten. Die von seiner Fraktion beantragte Senkung wer-

de die Gemeinde 80 000 Euro kosten, die aber durch geringere Personalkosten aufgefangen würden. Außerdem sollten Geschwisterkinder beitragsfrei die Kita besuchen können. Damit könne die Gemeinde ihre Familienfreundlichkeit beweisen.

Der Antrag ließ eigentlich eine spannende Debatte erwarten, zumal Bürgermeister Günter Martini (CDU) vor einigen Wochen in dieser Zeitung auf Anfrage geantwortet hatte, er könne sich einen gebührenfreien Kindergarten in Bickenbach vorstellen. Doch aus der spannenden Debatte wurde nichts: Helga Heger, die Vorsitzende des Sozialausschusses, erläuterte, dass die CDU-Fraktion keine Zeit zur Befassung mit diesem Antrag gehabt und sich daher im Ausschuss der Stimme enthalten habe. Auch im Haupt- und Finanzausschuss sei dies so gewesen. Daher beantragte Michael Krug (FDP) die Rücküberweisung

an die Ausschüsse. Konsequenz dessen wäre, dass der Antrag erst in der nächsten Sitzung des Gemeindeparlaments im Juli nach der Bürgermeisterwahl behandelt werden könne.

SPD-Fraktionschef Tim Schmöcker verteidigte den Antrag seiner Fraktion. Er sei fristgerecht und ausführlich in beiden Ausschüssen behandelt worden. Die von der Koalition beantragte Vertagung sei Wahltaktik und eigentlich eine Ungeheuerlichkeit.

Die Koalition konnte sich mit 13 Ja-Stimmen gegen die SPD durchsetzen und so den Antrag zurück überweisen. Tim Schmöcker kündigte daraufhin an, dass seine Fraktion eine Sondersitzung innerhalb der nächsten drei Wochen beantragen werde.

Nach der Sitzung erläuterten Olaf Gries (CDU) und Michael Krug (FDP) in einer Stellungnahme, dass der SPD-Antrag zwar fristgerecht sei, wegen der zu-

rückliegenden Feiertage sei er aber erst am Tag vor der Ausschusssitzung zugestellt worden. Man habe daher noch nicht mit der Kindergartenleitung sprechen können, um eine fundierte Entscheidung zu treffen. Man wolle die Angelegenheit aber „angemessen und ernsthaft“ diskutieren.

Mit ihrem Plan, eine Sondersitzung für diesen Punkt zu beantragen, nähre die SPD den Verdacht, dass es ihr nicht um die Sache gehe, sondern dass sie das Konzept der Kita „Sonnenland“ in Misskredit bringen wolle.

Tim Schmöcker wies dies als Unterstellung entschieden zurück. CDU und FDP spielten auf Kosten der Eltern auf Zeit, um eine Festlegung noch vor der bevorstehenden Bürgermeisterwahl am 3. Juli zu verhindern, sagte er nach der Sitzung. Die Sondersitzung werde er daher sofort beantragen. ste